



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Florian von Brunn, Ruth Müller, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

### **Wohlstand für alle – der wirtschaftliche Weg für Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zum Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft.  
Die Grundlage dafür ist ein Wirtschaftsmodell, das sich in dieser Form deutlich von anderen Volkswirtschaften abhebt. Es beruht auf einer in hohem Maße dezentralisierten und vernetzten Wirtschaft mit vielen leistungsfähigen Unternehmen, im internationalen Vergleich außerordentlich qualifizierten und leistungsbereiten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, einer auf dieser Grundlage hohen Innovationsfähigkeit der Unternehmen, einer starken Sozialpartnerschaft mit starken Gewerkschaften und einem starken und aktiven Staat, der sich um gute Standortbedingungen ebenso bemüht wie um eine gerechte Verteilung des gemeinsam erzielten Erfolges.
2. Der Landtag stellt fest, dass die ökonomische Entwicklung der Vergangenheit die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft häufig nicht erreicht hat oder ihnen sogar entgegengestanden ist.  
Insbesondere im Zeitalter des „Neoliberalismus“, durch die Auswüchse des Finanzkapitalismus und die Risiken des digitalen Kapitalismus, ist das Ziel einer wertegebunden Sozialen Marktwirtschaft in einer solidarischen Gesellschaft unter Druck geraten.
3. Der Landtag bekräftigt das Ziel, eine wertegebundene Wirtschaftsordnung weiterzuverfolgen, die zugleich auch die Grundlage für den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg bilden muss. Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt.
4. Der Landtag stellt sich weiterhin in hohem Maße den Herausforderungen der Zukunft, die noch deutlich größer sein werden als in der Vergangenheit:

Auch Bayern steht unverändert in einem Prozess der Globalisierung, der sich in einem harten weltweiten Wettbewerb ausdrückt. Gleichzeitig sind auch immer öfter protektionistische Ansätze zu erkennen, die in Handelskriegen münden können.

Die rasante Geschwindigkeit digitaler Entwicklungen und die weltweite Vernetzung aller wirtschaftlichen Aktivitäten auf der Basis der Informationstechnologien stellen eine neue Epoche der Wirtschaftsgeschichte dar. Das Tempo der damit verbundenen Veränderungen übertrifft alle bisherigen Erfahrungen und ist offenkundig mit ebenso großen Chancen wie Risiken verbunden.

Technischer Fortschritt bedeutet nicht zwingend sozialer Fortschritt – er kann sogar ins Gegenteil umschlagen. Technologien sind offene Systeme, die von den Menschen in viele Richtungen genutzt werden können. Das gilt ebenso für digitale Technologien. Für viele Menschen bedeutet die Digitalisierung neue Chancen, aber es gibt auch Zukunftsängste. Die Digitalisierung muss für eine Humanisierung der Arbeit genutzt werden.

Der Klimaschutz ist weltweit eine Aufgabe von größter Bedeutung. Gerade Bayern als hochentwickeltes Industrieland wird die ökologische Transformation unserer Wirtschaft konsequent vorantreiben müssen.

Der demografische Wandel mit einer spürbaren Alterung der Bevölkerung ist schon längst in der betrieblichen Realität angekommen. Eine ausreichende Anzahl gut qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist aber Voraussetzung für den weiteren wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes.

### **Begründung:**

Bayern verzeichnet im internationalen Vergleich eine seit langem sehr positive wirtschaftliche Entwicklung. Die SPD hat dafür unter ganz unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen Beiträge im Bund und im Land geleistet. Daran muss man anknüpfen.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet das Versprechen auf Wohlstand für alle.

Wie viel Eigenverantwortung kann man den Bürgern zutrauen, wo beginnt Bevormundung und wie kann der Staat für fairen Wettbewerb sorgen?

Was sind die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft: Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, für Wohlstand und soziale Sicherheit zu sorgen und eine gerechte Teilhabe aller zu gewährleisten. Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht Lebenswege, bei denen die eigene Arbeit, nicht die Herkunft oder das Einkommen der Eltern, über Erfolg und Aufstieg entscheiden.

Im Unterschied zum „Neoliberalismus“ der letzten 30 Jahre steht die Soziale Marktwirtschaft für einen staatlich geregelten Markt mit dem Ziel, für Fortschritt, Produktivität, Innovation und ein langfristiges Gleichgewicht beim Wohlstand zu sorgen. Die Soziale Marktwirtschaft fußt auf Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität als Maßstäbe unseres Zusammenlebens. Und im Ergebnis stärkt sie diese Werte.

Letztlich beruht der Erfolg aber auch auf der Zusage, einer gerechten Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Erfolges. Dem steht vielfach die Erfahrung wachsender Ungleichheit entgegen.

An dem Bild der Arbeitsgesellschaft ist festzuhalten. Die Bedingungen für Arbeit haben sich zwar verändert, aber nicht verändert hat sich dagegen die Bedeutung eines sicheren, gut bezahlten und ausgestatteten Arbeitsplatzes als Existenzgrundlage und als Teil der persönlichen Entfaltung. Es geht darum, die ökonomischen Grundlagen für eine Gesellschaft zu schaffen, in der sich gut und sicher leben und arbeiten lässt. Eine starke und erfolgreiche Wirtschaft ist die Basis für Vollbeschäftigung, für wachsenden Wohlstand und eine stabile demokratische Ordnung. Zugleich ist sie die Voraussetzung für einen Sozialstaat, der aktiv und wirksam soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz gewährleistet.

Und schließlich: Die Wirtschaft der Zukunft muss nachhaltig sein und Beiträge zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen leisten, vor allem zum Klimaschutz. Wir brauchen eine aktive Wirtschaftspolitik, die soziale und ökologische Gerechtigkeit miteinander verbindet. Mit unserem Wirtschaften beeinflussen wir maßgeblich die Lebensgrundlagen, die folgenden Generationen zur Verfügung stehen.

Bayern ist ebenfalls der Generationengerechtigkeit verpflichtet. Grundlage dieser Überlegungen ist aber vor allem auch ein aktiver Staat, der die Entwicklung nicht allein den Kräften des Marktes überlässt:

Der Staat selbst muss massiv investieren. Der Staat muss Bildung und Qualifizierung vorantreiben – nicht nur, aber auch mit dem Ziel, das vorhandene Qualifikationsniveau der Beschäftigten zu erhalten und zu steigern. Dazu wird, gemeinsam mit vielen Akteuren in der Wirtschaft künftig verstärkt die Aufgabe einer ständigen beruflichen Weiterbildung zählen.

Der Staat ist verantwortlich für eine zukunftsfähige Infrastruktur. Dazu gehören die klassische Infrastruktur, leistungsfähige Datennetze sowie die Infrastruktur für die Mobilität der Zukunft überall in Deutschland.

Der Staat muss seine Steuerungsmöglichkeiten ausschöpfen, um mit gezielten Impulsen die Innovationskraft unserer Gesellschaft zu steigern. Wir stehen für einen handlungsfähigen Staat.

Wo Veränderungen notwendig sind, darf der Staat die Betroffenen nicht alleine lassen. Das gilt zum Beispiel bei den tiefgreifenden Prozessen, die mit der Digitalisierung und der ökologischen Transformation unserer Wirtschaft verbunden sind.

Der Staat hat innerhalb einer marktwirtschaftlichen Ordnung eine wichtige Steuerungsaufgabe. Er muss Anreize setzen für Beiträge, die gesellschaftlichen Nutzen stiften, aber auch Grenzen setzen bei wirtschaftlichem Verhalten, das Anliegen der Gemeinschaft widerspricht.